

thema: berufsbildung

tatsachen · hinweise · ergebnisse · materialien · anregungen

Für die Forschungsarbeiten des Bundesinstituts:

Ein langfristiger Orientierungsrahmen

Das Bundesinstitut hat in einem über zwei Jahre dauernden intensiven Diskussionsprozeß „Perspektiven der Forschungsarbeiten für die nächsten 10 Jahre“ erarbeitet. Die Perspektiven dienen der langfristigen Orientierung der Forschungsarbeiten des Bundesinstituts.

Der zentrale Forschungsgegenstand des Instituts ist die berufliche Qualifikation. Ihre Entstehung, Vermittlung und Verwertung ist abhängig von einer Vielzahl von Einflußfaktoren, z. B. der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung, den demographischen Veränderungen, den Wertvorstellungen über Bildung und Beruf, dem Angebot an Ausbildungsplätzen und der Qualifizierung des Ausbildungspersonals.

In den „Perspektiven“ werden die wichtigsten Trends und Einschätzungen über die Auswirkung der Einflußfaktoren auf die Berufsbildung beschrieben. Daraus werden die wesentlichen Forschungsfragen systematisch nach Forschungsfeldern abgeleitet.

Als wesentliche Schwerpunkte der künftigen Forschungsarbeiten werden angesehen:

- Lernen am Arbeitsplatz zur Erhaltung des Praxisbezuges;

Berufsbildung / Szenario 1995:

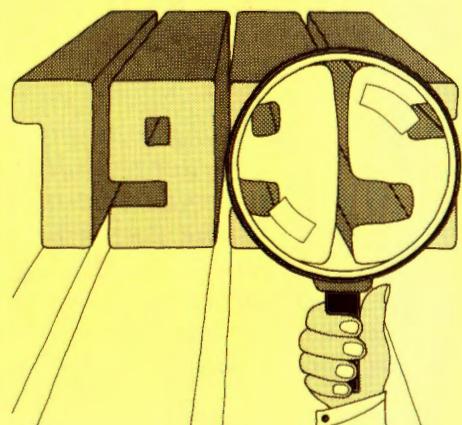
Demographische Entwicklung löst nicht die Strukturprobleme

Mehr als verdoppeln wird sich bis 1995 der Anteil der Abiturienten an den Auszubildenden. Gleichzeitig geht die Zahl der Schulabgänger um gut ein Drittel zurück. Bei günstiger Wirtschaftsentwicklung dürfte sich zwar die Ausbildungsstellensituation erheblich entspannen, weil mehr Plätze angeboten als nachgefragt werden. Ein starker Strukturwandel wird dennoch das Berufsbildungssystem des nächsten Jahrzehnts prägen, falls die Entwicklung der jüngeren Vergangenheit anhält.

Dies sind Ergebnisse eines Alternativszenarios des Berufsbildungssystems bis 1995, das vom Bundesinstitut für Berufsbildung entwickelt worden ist. Es bildet eine wesentliche Grundlage für die längerfristigen Forschungsüberlegungen im Institut, die zur gleichen Zeit mit den Szenarioergebnissen als „Forschungsperspektiven“ veröffentlicht wurden.

Die betriebliche Berufsausbildung wird sich zunehmend auf die Mittel- und Großbetriebe sowie den Dienstleistungssektor verlagern. Der Anteil des traditionellen, (direkt oder indirekt von der Bauwirtschaft abhängenden) Handwerks am Ausbildungsgeschehen wird spürbar abnehmen. Die Ursachen dafür sind neben dem fehlenden Wachstumspotential rückläufige Arbeitsmarktchancen von Absolventen handwerklicher Ausbildungsbereiche. Da die größeren

Betriebe künftig ihren Fachkräftebedarf vor allem durch eigene Aus- und Weiterbildung decken, können viele Handwerkslehrlinge nicht mehr wie früher damit rechnen, in der Industrie als Fachkräfte eingestellt zu werden. Hinzu kommt der tendenzielle Rückgang und angelernter Tätigkeiten in der Industrie. Bei anhaltend günstiger Wirtschaftsentwicklung ergeben sich für handwerkliche Metall- und Elektroberufe neue



thema: berufsbildung

■ Weiterentwicklung der Qualität beruflicher Bildung durch

- Anpassung der Inhalte an die wirtschaftlich-technische Entwicklung und ökologische Entwicklung,
- Verbesserung der Methoden und Prüfungsverfahren,
- Erweiterte und vertiefte Qualifizierung des Personals in Aus- und Weiterbildung,
- Intensivierte Kooperation zwischen den Lernorten,
- Beschreibung und Erprobung von Lernformen, Inhalten, Methoden und Prüfungsverfahren, die stärker als bisher auf die Entstehung beruflicher Handlungskompetenz ausgerichtet sind;

■ Bewältigung des zunehmenden Bedarfs an Weiterbildung und die Verbesserung der inhaltlichen und organisatorischen Verbindungen von Arbeit und Weiterbildung;

■ Qualifizierung von Jugendlichen und Erwachsenen, die den steigenden Anforderungen in Bildung und Beschäftigung nicht gerecht werden;

■ Erhaltung und Ergänzung der in der Ausbildung erworbenen Qualifikationen zur Verbesserung der Chancen am Arbeitsmarkt.

Darüber hinaus wird ein ständiges Arbeits- und Diskussionsforum eingerichtet: Methoden der Berufsbildungsforschung. Das Bundesinstitut trägt damit der Notwendigkeit Rechnung, die methodischen Instrumente der Berufsbildungsforschung weiterzuentwickeln.

Die Ausbildungsordnungsforschung als eine der zentralen Aufgaben des Bundesinstituts wird eine deutliche Akzentverschiebung hin zur Beobachtung, Begleitung und Unterstützung bei der Umsetzung der neuen Ausbildungsordnungen in die

Fortsetzung letzte Seite

Weitere Ergebnisse:

1. Ausbildungsplatznachfrage	1995	(1985: 756 Tsd)
Optimistische Variante	400 –	450 Tsd
Pessimistische Variante	480 –	530 Tsd
Ausbildungsplatzangebot	1995	(1985: 719 Tsd)
Optimistische Variante	450 –	500 Tsd
Pessimistische Variante	420 –	470 Tsd

In der pessimistischen Variante ist die Altlast durch bislang nicht versorgte Jugendliche erheblich höher als unter optimistischen Bedingungen.

- 2. Der Frauenanteil in den gewerblich-technischen Berufen (derzeit etwa 11 %) dürfte wegen der wieder wachsenden Anziehungskraft des Studiums in den 90er Jahren und auch wegen der wachsenden Konkurrenz um einschlägige Arbeitsplätze kaum mehr zunehmen.
- 3. Der Anteil der Ausländer an den Auszubildenden steigt von derzeit 3–4 % auf 10–12 %. Vorherrschend ist der Hauptschulabschluß.
- 4. Die Anforderungen an die Ausbilder werden beträchtlich wachsen: Weil Alter und schulische Vorbildung der Auszubildenden steigen; weil die Qualifikationsanforderungen in den Ausbildungsberufen in Verbindung mit einer arbeitszeitbedingten Verkürzung der effektiven Ausbildungszeit eine Verdichtung der Vermittlungsprozesse durch intensiveren Einsatz von Ausbildungsmitteln und neuen Lehr- und Lernmethoden erfordern.
- 5. In den Arbeitsmarktchancen der Ausbildungsberufe dürfte es große Unterschiede geben. Günstige Arbeitsmarktchancen können
 - technische Berufe und Berufe in produktionsnahen Dienstleistungen sowie
 - Verwaltungsberufe, Industrie-, Bank- und Versicherungskaufleute erwarten.

Beschäftigungschancen durch eine Gründungswelle von produktionsnahen Dienstleistungsunternehmen.

Das schulische Abschlußniveau gewinnt als Zugangskriterium an Bedeutung. Mittel- und Großbetriebe greifen vermehrt auf Abiturienten zurück. Die Versorgungschancen von jugendlichen Problemgruppen (Abbrecher, Sonderschüler, Schüler ohne Schulabschluß) nehmen ab. Gleichzeitig wachsen durch die Ausbreitung der Informationstechnik in Produktion, Handel und Verwaltung die Kommunikationsanforderungen in vielen Ausbildungsberufen beträchtlich. Manuelle Fertigkeiten verlieren zugunsten intellektueller Leistungen sowie berufsübergreifender Schlüsselqualifikation (Planungs-, Entscheidungs-, Teamfähigkeit, Systemverständ-

nis, Lernbereitschaft) an Bedeutung. Ein entscheidender Faktor für den Berufserfolg wird das Engagement des Einzelnen in der Weiterbildung sein.

Das Szenario legt je eine optimistische und pessimistische Entwicklungslinie für die berufsbildungsrelevanten Bereiche

- Wirtschaft und Arbeitsmarkt
 - Technik
 - Berufsbildungspolitik
 - Wertvorstellungen in der Gesellschaft
 - Schulabgänger und Übergangsverhalten sowie
 - Bevölkerungsstruktur
- fest. Untersucht werden die Auswirkungen auf die Versorgung mit Ausbildungsplätzen, die Ausbildungsqualität und die Chance der Qualifikationsverwertung im marktwirtschaftlichen Bereich.

Ax

Vorschläge des Bundesinstituts für Berufsbildung:

Neue Ausbildung im kaufmännischen Büro- und Verwaltungsbereich

Nach umfangreichen Untersuchungen und anschließenden Gesprächen mit den Sozialparteien hat das Bundesinstitut für Berufsbildung den zuständigen Bundesministerien seine Vorschläge zur Neuordnung der Ausbildungsberufe Bürokaufmann und Bürogehilfin vorgelegt. Sie beruhen auf den gegenwärtigen und absehbaren Auswirkungen der modernen Bürotechnologie und Arbeitsorganisation und Arbeitsanforderungen in den kaufmännischen Büros und Verwaltungen. Im Vordergrund stehen dabei

- der Trend zur universellen Fallbearbeitung in Abkehr vom früheren Trend der Arbeitszerlegung.

- die Aufhebung der früheren Trennung Sachbearbeitung und Bürotechnik,
- die computergestützte Sachbearbeitung (CUS) als notwendiges neues Ausbildungsziel.

Die BIBB-Konzeption geht von der Zusammenfassung der bisherigen Ausbildungsberufe Bürokaufmann und Bürogehilfin zu einem neuen dreijährigen Ausbildungsberuf „Verwaltungskaufmann“ aus. Als Querschnittsberuf soll er in allen Wirtschaftszweigen und Branchen, die über keinen speziellen Ausbildungsberuf wie z. B. Industriekaufmann oder Bankkaufmann verfügen, der Heranbildung fachlichen Nachwuchses dienen. Der

Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen

Im Jahre 1985 wurden insgesamt 103.890 Ausbildungsverträge vorzeitig aufgelöst; das sind 5162 oder fünf Prozent mehr als im Vorjahr.

Der Anteil gelöster Verträge an den neu abgeschlossenen weist geringe Raten für den Ausbildungsbereich des öffentlichen

Dienstes und hohe für das Handwerk und die sonstigen Bereiche (Hauswirtschaft, Seeschiffahrt) auf. Während im Durchschnitt etwa jeder siebente Ausbildungsvertrag gelöst wird, ist es in Industrie und Handel sowie den freien Berufen jeder neunte, in der Landwirtschaft jeder achte und

im Handwerk und in den sonstigen Bereichen etwa jeder fünfte Ausbildungsvertrag.

Seit 1983 ist ein langsames Ansteigen der Vertragslösungen festzustellen, das 1985 alle Ausbildungsbereiche erfaßt hat und mit der Zunahme der Ausbildungsverträge allein nicht zu erklären ist. Eine wesentliche Ursache dürfte die allmähliche Entspannung am Ausbildungstellenmarkt sein, die einen Wechsel des Ausbildungsberufs oder -betriebes erleichtert.

Anteil der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen nach Ausbildungsbereichen in Prozent 1978 - 1985

Ausbildungsbereich	Anteil der Vertragslösungen							
	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Industrie und Handel	10,3	11,4	13,0	14,4	11,9	11,3	11,0	11,5
Handwerk	15,0	16,8	18,4	21,3	20,1	19,0	20,2	22,0
öffentlicher Dienst	3,1	3,8	3,8	4,0	3,2	3,1	3,3	3,8
Landwirtschaft	6,2	8,5	9,4	10,9	10,1	9,9	11,3	13,2
Freie Berufe	7,5	7,2	8,0	8,5	8,9	9,7	10,9	11,3
Sonstige (Hauswirtschaft, Seeschiffahrt)	11,4	12,7	14,2	15,9	14,3	13,7	14,0	19,5
Alle Ausbildungsbereiche	11,4	12,7	14,2	15,9	14,3	13,7	14,0	14,9

Vgl. Berufsbildungsbericht 1986, Übersicht 31, Seite 45

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 11, Bildung und Kultur, Reihe 3, Berufliche Bildung 1985, Wiesbaden, November 1986 (W. Kohlhammer Verlag, Mainz); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

neue Verwaltungskaufmann soll in allen Betriebsgrößen und -strukturen und darüber hinaus überall in der kaufmännischen Verwaltung einsetzbar sein.

Nach dem BIBB-Vorschlag ist zunächst eine zweijährige Ausbildung in den Funktionsbereichen Nachrichtenübermittlung, Schriftgutverwaltung, Büroinventar- und Büromaschinen-Verwaltung, Beschaffung und Verwaltung von Büromaterial und Literatur, Auftragsbearbeitung und -abwicklung, Zahlungsverkehr, Personalverwaltung und Sekretariat unter Einsatz modernster Technologien vorgesehen. Darauf aufbauend schließt sich eine einjährige Ausbildungsphase in den zwei Fachrichtungen „Rechnungswesen“ (mit Kostenrechnung, Kalkulation und Revision) und „Elektronische Textbe- und -verarbeitung“ (einschließlich Textübermittlung) an. Mit diesen beiden Fachrichtungen sowie der Anregung, für die Aufhebung des Ausbildungsberufs Bürogehilfin eine angemessene Übergangsfrist vorzusehen, während der sowohl nach dem alten als auch nach dem neuen Berufsbild ausgebildet werden kann, ist der Vorschlag flexibel genug, um auch unterschiedlichen Interessen und unterschiedlichem Entwicklungsstand der Bürotechnologie und Arbeitsorganisation in den einzelnen Betrieben entgegenzukommen.

Eine zusätzliche Untersuchung der Kammerempfehlungen für die Ausbildung und Prüfung von Bürogehilfinnen hat bestätigt, daß ausgebildete Bürogehilfinnen bereits seit längerem zu Sachbearbeiterinnen in vielfältigen kaufmännischen Aufgabengebieten und Funktionsbereichen ausgebildet wurden. Die BIBB-Vorschläge sind eine konsequente Fortentwicklung dieses breiten Trends in der Wirtschaft.

Gö

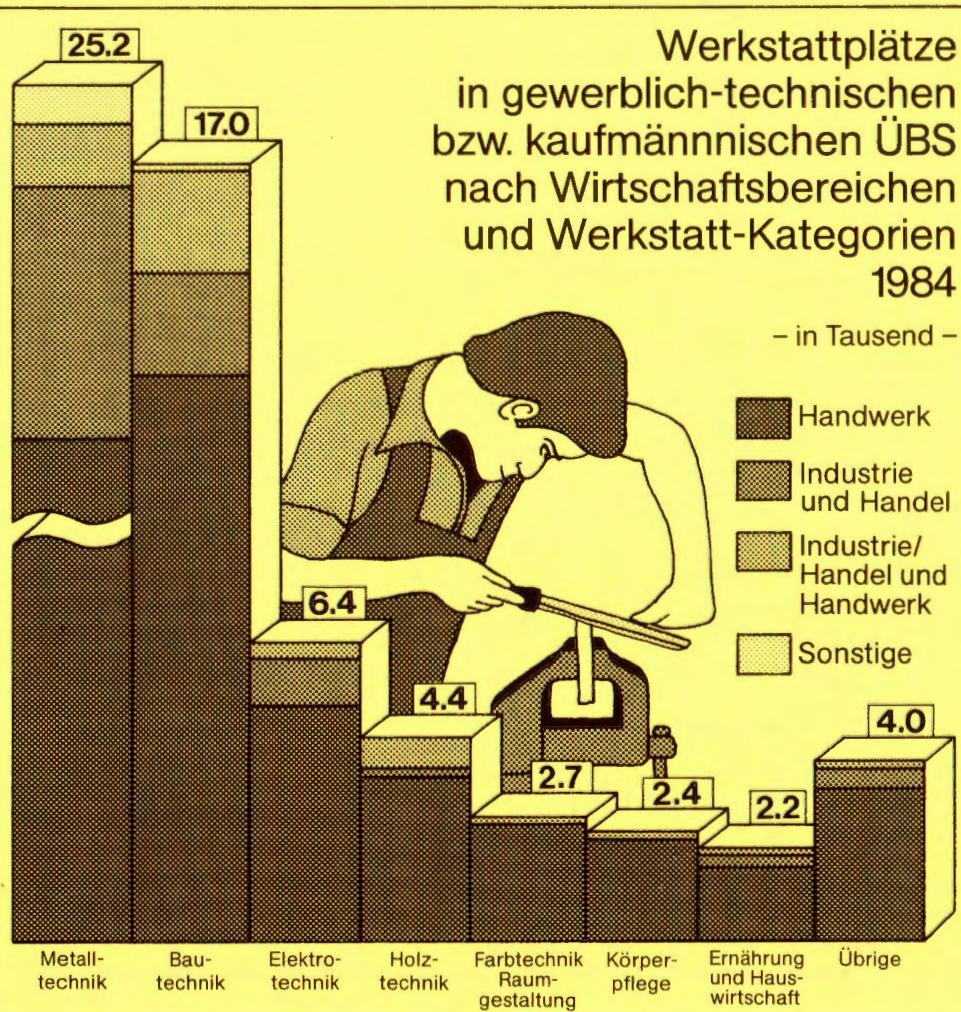
Überbetriebliche Berufsbildungsstätten 1984

Die überbetriebliche Ausbildung hat im dualen System betrieblicher und berufsschulischer Ausbildung die Funktion, den betrieblichen Teil zu ergänzen. Dies trifft überwiegend auf die gewerblich-technische Ausbildung in Klein- und Mittelbetrieben – vor allem des Handwerks – zu. In den hierfür eingerichteten überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) erwerben die Auszubildenden Kenntnisse und Fertigkeiten, die der einzelne Betrieb z. B. aus ökonomischen Gründen oder wegen seiner fachlichen Spezialisierung nicht vermitteln könnte.

Die Bildungsstätten, in denen die überbetriebliche Ausbildung durchgeführt wird, stehen meist in der Trägerschaft von Wirtschaftsorganisationen, wie Kamern, Kreishandwerkerschaften, Innungen, Fachverbände usw. In der Mehrzahl der Stätten finden allerdings nicht nur überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen statt, sondern auch

berufsvorbereitende Maßnahmen und zunehmend Fortbildung und Umschulung. Vor allem von Handwerksorganisationen werden teilweise auch Werkstätten in Berufsschulen für überbetriebliche Unterweisungsmaßnahmen genutzt.

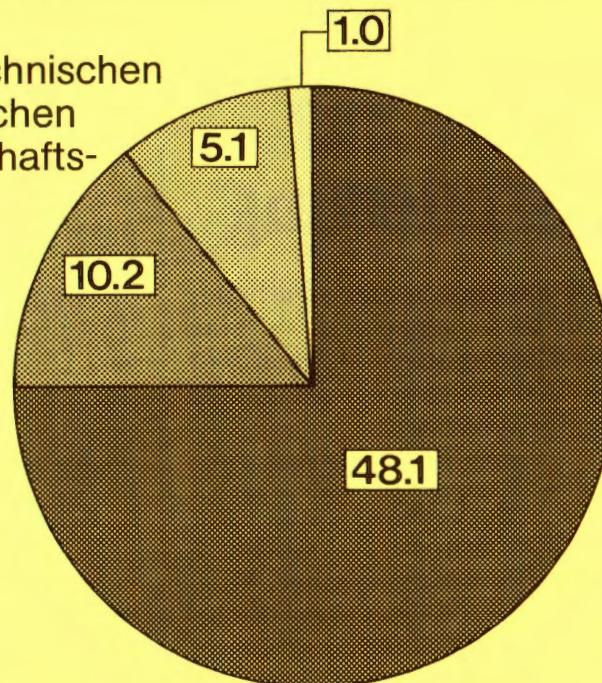
Um aktuelle Informationen über die Entwicklungen im Bereich



Werkstattplätze in gewerblich-technischen bzw. kaufmännischen ÜBS nach Wirtschafts- bereichen 1984

– in Tausend –

- Handwerk
- Industrie und Handel
- Industrie/Handel und Handwerk
- Sonstige



der ÜBS zu gewinnen erhebt das Bundesinstitut für Berufsbildung in regelmäßigen Abständen wichtige Strukturdaten bei den Bildungsstätten. Zuletzt wurde Ende 1985 eine Totalerhebung, bezogen auf die Daten des Jahres 1984, durchgeführt.

Ausgewertet wurden die Daten von 599 Bildungsstätten*), in denen 1984 überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen stattfanden. Davon sind 457 Stätten als gewerblich-technische bzw. kaufmännische ÜBS, 72 Stätten als landwirtschaftliche ÜBS und 70 als Berufsschulen zu klassifizieren. Bei den gewerblich-technischen bzw. kaufmännischen ÜBS bilden die 341 Stätten des Handwerks das Schwergewicht; auf den Bereich Industrie und Handel entfallen 85 Stätten, für Handwerk sowie Industrie und Handel gemeinsam bestehen 19 Stätten. Hinzu kommen noch 12 sonstige Stätten, wobei es sich insbesondere um schweißtechnische Kursstätten handelt.

Im Jahr 1984 standen in den erfaßten Bildungsstätten insge-

*) Ohne die 9 vom BIBB geförderten ÜBS mit 1.112 Werkstattplätzen, in denen 1984 ausschließlich außerbetriebliche Vollausbildung stattfand.

samt 71.703 Werkstattplätze für die überbetriebliche Ausbildung zur Verfügung, davon befanden sich 64.447 in den gewerblich-technischen bzw. kaufmännischen ÜBS, 3.491 in den landwirtschaftlichen ÜBS und 3.765 in den Berufsschulen.

Wie sich der Bestand an Werkstattplätzen in den gewerblich-technischen bzw. kaufmännischen ÜBS auf die Wirtschaftsbereiche und auf die verschiedenen Werkstattkategorien verteilt, geben die beiden Schaubilder wieder. Hier wird nochmals deutlich, daß das Handwerk mit drei Vierteln der Werkstattplätze stark dominiert; nur 16 % der Plätze entfallen dagegen auf den Bereich Industrie und Handel. Bei den Werkstattkategorien sind die Werkstätten der Metalltechnik mit 39 % der Gesamtzahl am stärksten vertreten, gefolgt von der Bautechnik mit 26 % und der Elektrotechnik mit 10 %.

In Zusammenhang mit dieser Erhebung bei den überbetrieblichen Berufsbildungsstätten wurde auch ein Adressenverzeichnis dieser Bildungseinrichtungen zum Stand 1986 erstellt, das demnächst als Sonderveröf-

fentlichung des BIBB erscheinen wird.

Das Adressenverzeichnis kann beim Bundesinstitut für Berufsbildung, Referat Presse- und Veröffentlichungswesen, Fehrbelliner Platz 3, 1000 Berlin 31, gegen eine Schutzgebühr bezogen werden.

Bt / Hz / Wie

Anerkennung weiterer französischer Prüfungszeugnisse

(BMWi, Bonn) – Der Bundesminister für Wirtschaft hat durch Rechtsverordnung vom 14. August 1986 (BGBl. I S. 1306, Nr. 41 vom 21. August 1986) weitere zwei französische Prüfungszeugnisse der Berufsausbildung den entsprechenden deutschen Zeugnissen gleichgestellt. Es handelt sich um französische „Certificats d'aptitude professionnelle“ der Berufe „Menuisier du bâtiment et d'agencement“ und „Tailleur de pierre option A: taille, option B: travaux marbriers“, die den Zeugnissen über die Gesellenprüfung in den Handwerksberufen „Tischler/Tischlerin“ bzw. „Steinmetz und Steinbildhauer/Steinmetzin und Steinbildhauerin“ gleichgestellt worden sind.

Die vorgenannten beiden deutschen Gesellenbriefe werden ihrerseits auch in Frankreich den o. g. französischen Prüfungszeugnissen gleichgestellt. Durch deutsch-französischen Notenwechsel vom 22. April 1986 ist das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der französischen Republik über die Gleichwertigkeit von Prüfungszeugnissen in der beruflichen Bildung vom 16. Juni 1977 (BGBl. II S. 755) ergänzt und damit die Gegenseitigkeit der Anerkennung in beiden Staaten sichergestellt worden.

Erwachsene, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben und ein besonderes Arbeitsmarktrisiko tragen:

Modellversuchsreihe zur beruflichen Qualifizierung

Modellversuche sind ganz allgemein als ein Instrument staatlicher Bildungsplanung zu sehen. Dabei kann es im einzelnen um eine Verbesserung der Bildungspraxis, um die Klärung offener Fragen oder um die Erprobung bestimmter Ansätze gehen. Oft geht es auch um die Umsetzung oder Absicherung bildungspolitischer Ziele.

Ziel und Adressatenkreis

Ziel der im Titel genannten Modellversuchsreihe ist die Entwicklung und Erprobung von Maßnahmen zur Umschulung solcher Erwachsener, die aufgrund ihrer sozialen Situation und/oder schulischer Defizite sowie wegen ihrer Nationalität und/oder ihres Geschlechts bisher keine volle berufliche Qualifizierung erreicht haben. Besonders betroffen sind Erwachsene, die aus mehreren dieser Gründe benachteiligt sind.

Ausgangssituation

Der mit dieser Modellversuchsreihe angesprochene Adressatenkreis ist sehr heterogen. Von Seiten der Bundesanstalt für Arbeit werden bereits jetzt Fördermaßnahmen für diesen Adressatenkreis angeboten, z. B. solche nach § 41a AFG oder solche zur Nutzung von Übungswerkstätten. Diese besonderen Fördermaßnahmen erreichen in der Regel nur einen Teil der o. g. Adressaten. Viele Maßnahmen besitzen darüber hinaus nur berufsorientierenden Charakter. Die Übergangsquoten von diesen Maßnahmen in eine abschlußbezogene berufliche Qualifizierung sind bisher gering. Auch ist die Regelförderung der Umschulung nach dem AFG, wie sie bisher angeboten wird, oft noch zu wenig auf die Bedürfnisse dieser Personengruppe zugeschnitten. Unter diesen Gegebenheiten und

unter Berücksichtigung der Situation auf dem Arbeitsmarkt wird es immer dringlicher, Möglichkeiten zum Erwerbe eines (formalen) anerkannten Abschlusses für diesen Adressatenkreis zu schaffen. Die Notwendigkeit einer solchen Qualifizierung von benachteiligten Erwachsenen wird unterstrichen durch die Tatsache, daß nach den „Grund- und Strukturdaten 1985/86“ (hrg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft) nur ca. 60% der Erwerbspersonen einen qualifizierten Berufsabschluß (nicht berücksichtigt sind dabei Personen mit Fachhochschul- und Hochschulabschluß) haben. Unterstrichen wird die Notwendigkeit der Durchführung solcher Maßnahmen auch dadurch, daß mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen betonen, sie seien an einer qualifizierten inner- oder außerbetrieblichen Umschulung interessiert, um den Anforderungen am Arbeitsplatz auch künftig gerecht werden zu können oder um eine dauerhafte (Wieder-)Eingliederung in das Beschäftigungssystem zu erreichen.

Rahmenbedingungen

Die Modellversuchsreihe wurde im Jahr 1984 vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft eingerichtet. Es sollten ca. 10 Modellversuche durchgeführt werden. Die einzelnen Modellversuche, die entsprechend den

jeweiligen Teilnehmergruppen inhaltlich und methodisch unterschiedlich organisiert werden müssen, haben in der Regel eine Laufzeit von 4 Jahren (6 Monate Planungsphase durch den Träger, 6 Monate Vorbereitungsphase, 24 Monate Umschulungsphase, 6 Monate Nachbetreuungsphase und 6 Monate Auswertungsphase durch den Träger). Durchführungsträger sollen Betriebe, Kammern, Gewerkschaften, freie Träger und Volks hochschulen sein. Eine weitere Vorgabe liegt in einer möglichst breiten Einbeziehung von Frauen.

Schwerpunkte

Für die Adressaten sollen entsprechend der Zielsetzung Maßnahmen mit folgenden Schwerpunkten modellhaft erprobt werden.

- Zur Motivation und Orientierung der Adressaten
- Zur Stützung der Teilnehmer
- Zur Qualifizierung und Fortbildung des Personals
- Zur Entwicklung von Handreichungen und Umsetzungsvorschlägen
- Zur sozialpädagogischen Betreuung und Nachbetreuung

Stand

Bisher sind insgesamt 5 Modellversuche mit nachfolgenden Themen angelaufen:

- Motivation und Umschulung längerfristig arbeitsloser Frauen, in Zusammenarbeit mit Klein- und Mittelbetrieben
- Umschulung von Frauen gemeinsam mit Männern in Zukunftsberufe
- Berufliche Qualifizierung von Frauen und Langzeitarbeitslosen
- Nachqualifizierung arbeitsloser, junger erwachsener Italiener zum Elektromechaniker im Trägerverbund
- Berufliche Qualifizierung für längerfristig arbeitslose Erwachsene in Metallberufen

Weitere 5 Modellversuche – evtl. sogar über die ursprüngliche Planung hinausgehend noch weitere – werden im Laufe des Jahres 1986 anlaufen.

Ergebnisse

Naturgemäß können beim Stand der Modellversuchsreihe noch keine Ergebnisse vorliegen. Das Bundesinstitut, dem die fachliche Gesamtauswertung der Modellversuchsreihe obliegt, sorgt für einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen allen Beteiligten. Darüber hinaus sorgt es auch für die Weitergabe von Zwischenergebnissen bereits während der Laufzeit der Modellversuche, damit eine schnelle Umsetzung erfolgen kann.

Kl

Schülerzahlen im BGJ sinken weiter

Ein weiterer Rückgang der Schülerzahlen im Berufsgrundbildungsjahr ist auch für das Schuljahr 1985/86 zu verzeichnen. Nachdem bereits im Schuljahr 1984/85 rund 1,8% weniger Jugendliche ein BGJ besuchten, ist für 1985/86 festzustellen: Der Abwärtstrend hat sich verstärkt.

Um 9.281, das sind ca. 9%, ist die Anzahl der Schüler im BGJ gegenüber dem Vorjahr gesunken. Davon in der schulischen Form (BGJ/s) 6.974 = 8,2%, in der kooperativen Form (BGJ/k) 2.307 = 13,7%.

Damit ist die Zahl der Schüler im BGJ/s fast auf den Stand von 1981/82 zurückgefallen; die Zahl der Plätze im BGJ/k entspricht etwa dem Stand des Schuljahres 1980/81.

Am stärksten betroffen ist das Berufsfeld Bautechnik mit 5.897 Jugendlichen (BGJ/s = 3.825, BGJ/k = 2.072), und zwar durchweg in allen Ländern mit Ausnahme von Bremen. Es folgen die Berufsfelder Holztechnik mit einem Rückgang um 9,7% und Ernährung und Hauswirtschaft um 9%.

Betrachtet man den Rückgang in den Ländern, so bilden Schleswig-Holstein mit 15,9%, Bayern mit 10,7% und Rheinland-Pfalz mit 10,3% weniger BGJ-Teilnehmern die Spitze.

Über die Hauptursachen dieses Schwundes können nur Vermutungen angestellt werden. Finden nun immer weniger Berufsanfänger gefallen an einem Einstieg in die Berufsausbildung, der über das BGJ führt, oder haben im Schuletat der Länder deren Finanzminister den Rotstift entsprechend angesetzt? GP

Schüler im schulischen und kooperativen Berufsgrundbildungsjahr sowie in Maßnahmen zur Berufsvorbereitung 1985

Jahr Land	Zusammen	Schüler im							kooper- ativen Berufs- grund- bildung- sjahr	Berufs- vorbe- reitung- sjahr
		schulischen Berufsgrundbildungsjahr darunter im Berufsfeld								
		Wirt- schaft und Verwal- tung	Metall- technik	Elektro- technik	Bau- technik/ Holz- technik	Ernäh- rung und Haus- wirt- schaft	Agrar- wirt- schaft			
Bundes- gebiet	78.012	13.778	14.948	4.375	17.075	10.536	9.830	14.473	36.784	
Länder										
BW	1.328	761	122	40	187	87	-	4.304	3.840	
BA	13.373	1.491	708	123	7.663	303	2.801	697	5.444	
HE	7.144	1.332	1.225	223	1.036	1.817	1.102	3.195	4.019	
NS	26.842	4.363	7.558	2.141	6.249	427	4.223	-	5.911	
NW	15.279	2.229	3.027	923	1.031	3.514	1.583	-	9.464	
RP	5.568	1.543	820	218	331	2.288	20	3.573	2.098	
SA	2.702	1.006	420	106	101	966	-	642	743	
SH	2.241	321	370	218	240	618	26	1.220	1.095	
BE	549	149	43	-	-	193	17	-	2.091	
BR	1.270	397	407	92	170	103	-	244	464	
HA	1.716	186	248	281	67	220	58	598	1.615	

Fortsetzung von Seite 2

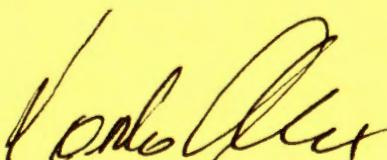
Praxis erfahren. Durch diese begleitende Beobachtung sowie die Unterstützung der Praxis bei der Bewältigung der neuen Probleme in der beruflichen Bildung sollen vereinfachte Verfahren zur Anpassung der Inhalte an die sich ändernden Qualifikationsanforderungen entwickelt und erprobt werden. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die möglichen neuen Anforderungen infolge der veränderten Bevölkerungsstruktur („Veralterung“) und der wachsenden Freizeit gerichtet sein.

Modellversuche werden auch in Zukunft ein wichtiges Instrument der Berufsbildungsfor schung und Berufsbildungsplanung bleiben. Prüfungs- und Beurteilungsfragen treten stärker in den Vordergrund.

Die zunehmende Informations- und Datenmenge und der wachsende Bedarf der Planungs- und Durchführungspraxis an den im Institut erarbeiteten Materialien verlangen einen verstärkten Ausbau von Datenbanken in den einzelnen Forschungsbereichen bis hin zu einer Datenbank „Berufsbildung“. Gleichzeitig sind neue oder verbesserte Analyseverfahren zu suchen und in das EDV-System zu integrieren.

Diese Aktivitäten dienen neben der effizienteren Gestaltung der Institutsarbeit der Politikberatung und der Bereitstellung aufbereiteter Informationen für die Mitglieder des Hauptausschusses.

Die vorgelegten Forschungsperspektiven werden in angemessenen Zeitabständen überprüft und fortgeschrieben.



- Laszlo Alex -

Sprachförderung ausländischer Arbeitnehmer

„Ich habe nicht gedacht, daß ich so lange in Deutschland bleiben würde und habe daher die Sprache und die Grammatik nicht richtig gelernt...“ So oder ähnlich lauten die Aussagen vieler ausländischer Arbeitnehmer, wenn sie eine berufliche Aus- und Fortbildung beginnen wollen und feststellen, daß ihre Deutschkenntnisse nicht ausreichen.

Mit den Sprachschwierigkeiten der ihnen anvertrauten Ausländer im Berufsalltag befassen sich insbesondere Ausbilder und Dozenten der beruflichen Bildung sowie betriebliche Führungskräfte.

Eine soeben vom Bundesinstitut für Berufsbildung vorgelegte Studie über die Sprachförderung ausländischer Arbeitnehmer enthält eine Vielzahl von Vorschlägen, das Lehrpersonal in der beruflichen Bildung und die betrieblichen Führungskräfte bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

Voraussetzung für eine gezielte sprachliche Förderung ausländischer Arbeitnehmer ist die Verständnisbereitschaft der Ausbilder und Dozenten sowie der Vorarbeiter und Meister für die sprachlichen Probleme von Ausländern. Hierzu gehört, daß sie in der Lage sind, die häufigsten sprachlichen Mängel ausländischer Arbeitnehmer zu erkennen und dabei zu helfen, sie zu überwinden.

Zu diesem Zweck werden in der Studie wesentliche Sprachfehler von Ausländern benannt, das sogenannte Gastarbeiterdeutsch beschrieben und die Beziehungen zur Allgemeinsprache, dem Hochdeutsch, aufgezeigt. Schließlich wird der Frage nachgegangen, was Fachsprache ist und welche allgemeinsprachlichen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um Fachsprache zu vermitteln und zu gebrauchen.

In einem weiteren Schritt werden didaktische Wege einer Sprachförderung aufgezeigt. Sie bezie-

hen sich auf die Ermittlung des Sprachstandes, wobei ein Vorschlag für ein pragmatisches Diagnoseverfahren gemacht wird. Erläutert wird ferner das didaktische Grundprinzip der „Demonstration“ und „Unterweisung“ in Zusammenhang mit einer gezielten Sprachförderung, die vor allem dem Ausbilder und Meister eine Reihe von Möglichkeiten für eine anschauliche Sprachförderung bietet. Ebenso wird auf das Bewältigen von Fachbuchtexten eingegangen, was dem Ausländer – und nicht nur ihm – erfahrungsgemäß erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Die einzelnen Vorgehensweisen werden durch praktische Beispiele veranschaulicht.

Die Schrift nennt Literatur zur Sprachförderung und bewertet sie, so daß Ausbilder und Dozenten sowie Vorarbeiter und Meister die Möglichkeit haben, durch Selbststudium ihre Kenntnisse zu vertiefen.

Die Studie „Einführung in die Sprachförderung von ausländischen Arbeitnehmern. Eine Handreichung für Ausbilder und Dozenten der beruflichen Bildung sowie für betriebliche Führungskräfte (Vorarbeiter und Meister)“ von Günter Kühn ist als Heft 84 der Reihe „Berichte zur beruflichen Bildung“ erschienen und gegen eine Schutzgebühr beim Bundesinstitut für Berufsbildung, Referat Presse- und Veröffentlichungswesen, Fehrbelliner Platz 3, 1000 Berlin 31, zu beziehen. Kü